

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Süßwaren- u. Süßwarenhersteller in der Zukermaren-, Schokoladen- u. Reksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt am-  
tiglich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erhält jeden Donnerstag  
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreigeschaltete Pett-  
zeile 50 Pf., für die Zählstellen 30 Pf.

## Der Reichstarr in den Genossenschaften.

Wenn ich jetzt schon als Referent zu diesem Tagessitzungspunkt unserer Generalversammlung an dieser Stelle das Wort ergreife, so geschieht es nicht deshalb, um auf offenem Markt unser Anliegen auszutragen, sondern den Mitgliedern in den Genossenschaftsbetrieben noch vor dem Verbandstage Gelegenheit zur Ausdrucke zu geben. Ganz über das Vergangene soll beschlossen werden, vielmehr, was in der Zukunft geschehen soll.

Dazu liegen aus einigen Bahlstellen Anträge zum Verhandlungstag vor, daß der Tarif in diesem Jahre kündigt werden soll. Undere wünschen wieder eine längere Vertragsdauer. Den letzten Wunsch wollen wir hier ausschalten, weil wir darüber allein nicht bestimmen können; auch die andere Seite mag dazu ihre Zustimmung geben. Sobald aber unsere letzte Reichskonferenz und die 12. Generalversammlung in Frankfurt ergeben haben, bestand Übereinkunft darin, daß der Vertragsinhalt für die Vertragsbauer bestimmd ist.

Für uns kommt heute lediglich die erste Frage in Betracht: ob wir den Reichstarr zum 31. Juli kündigen wollen? Darauf können wir allein bestimmen und sind nicht von andern Faktoren abhängig.

Unsere Tarifverträge — mit wenigen Ausnahmen — sind auf der Grundlage aufgebaut, daß wir an einen bestimmten Monattermin nicht gebunden sind. Damit sicherten wir uns die Möglichkeit, in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, die für Verbesserungen der tariflichen Verhältnisse für die Arbeiter nicht günstig sind, den Vertrag automatisch weiterbestehen zu lassen, bis die Konjunktur uns günstigere Aussichten auf Verbesserung der Vertragsbestimmungen eröffnete. Von diesem Recht haben unsere Mitglieder schon mehrmals Gebrauch gemacht, und sie sind dabei nicht schlecht gefahren. Für das Unternehmertum sind über solche Zeiten außerordentlich günstig, um sich der „Krieffeln“ zu entledigen, und wie wir während der Kriegszeit sehen können, haben auch einige dieser Organisationen dazu Gelegenheit genommen.

Bei unserem Reichstarr ist es über unsere Sicht — weil ja eine viel größere Anzahl von Mitgliedern als in örtlichen Verträgen in Frage kommt — noch viel eingehender das Für und Wider zu prüfen.

Für die Vertragskündigung spricht zweifellos der Umstand, daß die Vertragsbestimmungen für die normalen Friedenszeiten festgelegt wurden. Bei den langwierigen Unterhandlungen konnte aber niemand voransiehen, daß mit der Inkrafttreitng des Tarifes die Kriegsfürce entfesselt wurde. Dadurch wurden auch recht viele unserer wichtigsten Bestimmungen glatt überlaufen. Es sei nur erinnert an das Verbot der Nacharbeit und Abschaltung der kontinuierlichen Betriebe, dann an die unerhörte Teuerung, bei der unmöglich mit den Tariflöhnne auszukommen ist, an die Beschränkungen der Arbeitsvermittlung, die infolge des ständigen Mangels an brauchbaren Arbeitskräften losgelagert wurden und demzufolge die Einführung der Frauenarbeit, die Beschäftigung von Lehrlingen und Gefangenen mit sich brachte.

Dass sich unter solchen Voraussetzungen bei vielen unserer Kollegen die Überzeugung festsetzt: die Vertragsbestimmungen entsprechen den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht mehr, ist zu verstehen und begreiflich. Wenn wir aber eine Aenderung herbeiführen wollen, dann muß es uns auch möglich sein, an Stelle der bestehenden Bestimmungen bessere einzutragen.

Hier gehen aber die Meinungen auseinander. Die gegenwärtige Zeit, wo wir nicht wissen, was sie morgen bringt, wo alles in grauer Zukunft liegt, ist wohl nicht die geeignete zur gründlegenden Erneuerung des Reichs-

tarifes. Wie uns, so geht es auch dem Vertragsklienten von den Genossenschaften, dem Centralverband deutscher Konsumvereine. Auch dort steht man noch vor der hängen Frage: Wie wird sich der Aufschwung des Wirtschaftslebens in der Zukunft vollziehen? Wir müssen doch der Wachheit die Ehre geben und selbst zugeben, daß durch die Beschränkung des freien Ein- und Verkaufes auch den Genossenschaften die Hände gebunden sind. Nun werden wir die Kollegen erwidern: Das trifft aber auf die genossenschaftlichen Bäckereibetriebe nicht zu. Wir Bäcker und Beschäftigten in den Bäckereien sind diejenigen, die durch die Erzeugung des Nahrwertes oftmals die Genossenschaften über Wasser halten helfen, und darum haben wir in erster Linie ein Anrecht, daß die Vertragsbestimmungen den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. Das trifft zu, aber nur für einen Teil der Genossenschaften.

Der Reichstarr wird aber nicht bloß für einen Teil — der leistungsfähigen Genossenschaften — abgeschlossen; er umfaßt alle Verbandvereine mit Bäckereibetrieben, also auch diejenigen, die durch den Krieg stark in Notleidenschaft gezogen wurden. Die Seiten für die Vertragskündigung sind also nicht die günstigsten. Und warum sollen wir jüngst dann den Tarif kündigen, wenn die Aussichten zu nennenswerten Verbesserungen auf lange Jahre hin aus trübe sind?

Wenn uns von den Genossenschaften erklärt werden muß, mit können unmöglich euren Wünschen nachkommen, weil unsere Auftraggeber solche Abmachungen ablehnen, dann handeln wir doch im Interesse der hier in Frage kommenden Mitglieder klüger, wenn wir von der Tarifkündigung Abstand nehmen.

Von den Genossenschaften wurde auch anerkannt, daß die bestehenden Tariflöhnne mit der gegenwärtigen Teuerung nicht in Einklang gebracht werden können. Daher wurden nach Abmachungen getroffen, zu den Tariflöhnne Teuerungszulagen zu gewähren. Über die Höhe bestehen Meinungsverschiedenheiten, doch ist das System ein Notbehelf zur Sicherung der Beobachtung. Hierüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, solange die Preise ansteigen. Es wird vorerst sichtlich das bestehende System noch erweitert werden und dem Tarifamt auch in dieser Frage konkrete Richtlinien mit auf den Weg gegeben werden. Mit diesem Notbehelf werden wir über diese Zeit hinwegkommen.

Alle andern Fragen des Tarifes drängen noch nicht zur Reform. Wie es mit dem gesetzlichen Nachbarverbot wird, darüber herrscht noch Dunkel. Sollen wir aber dann den bestehenden Vertrag kündigen und ein neues schaffen, wo uns die Kriegswellen am Horizont keinen Ausblick in die Zukunft ermöglichen? Wir würden uns dann auf Jahre mit einem Tarif binden, wobei den zufälligen Forderungen recht viel abgestrichen werden müßte und wo es uns mit geringer Mühe möglich gewesen wäre, nach einem oder zwei Jahren viel davon durchsetzen zu können. Die Organisation, die ihren Mitgliedern die Schattenrechten verheimlicht und der Stimmung aus den bestehenden Verhältnissen gegeben, freien Lauf läßt, würde sich selbst schädigen. Damit soll nicht die Meinungsfreiheit unterbunden werden. Es ist zu wünschen, daß sie in der ausgiebigsten Weise erfolgt, hier wie in den Betriebsversammlungen, die zu dieser Frage Stellung nehmen werden. Was aber eines jeden Wunsch ist, das ist die Plärrung; die kann aber nur erfolgen, wenn das Für und Wider erörtert wird.

Nicht deswegen raten wir von der Vertragskündigung ab, weil wir die uns entstehenden Mühen und Arbeiten scheuen oder weil wir unsere Mitglieder in der weiteren Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hindern wollen; diesen, den niedrigsten Instinkten entstammten Motiven stehen wir weit fern. Wir wollen daher die Tarifkündigung unmöglich machen, weil die gegenwärtige und demnächst kommende Zeit die ungünstigste ist und die wenigsten Aussichten

auf nennenswerte Verbesserungen der Tarifbestimmungen hoffen. Wir wollen aber mit den Kollegen für die Zukunft eine grundlegende Preisgestaltung der jetzigen Vertragsbestimmungen. Wir wollen, daß unter allen Umständen die Tariflöhnne der jeweiligen Preisgestaltung für die Lebensmittel und Gebrauchsartikel angepaßt werden. Das können wir aber nur dann erreichen, wenn auch die Genossenschaften wieder klarer Bild in die Zukunft haben, wenn das Unwisse den normalen Verhältnissen weicht und freie Disposition die bestehenden Einschränkungen ablösen wird. Dann sind wir auch in der Lage, die Interessen unserer Mitglieder wirklich vertreten zu können. Eine Vertragserneuerung in solch ungünstigen Zeiten, wo manche unserer Forderung nicht durchgeführt werden kann, würde sicher bei keinem die Zukunft finden, aber ganz bestimmt viel Verärgerung und Enttäuschung auslösen. Das wollen wir aber verhindern im Interesse unserer Mitglieder und des Verbandes.

A. Danies.

## Stimmen zum 14. ordentlichen Verbandstage.

Am 6. Mai dieses Jahres findet ja nun der fällige Verbandstag in Leipzig statt gegen eine immerhin beträchtliche Strömung der Mitglieder und des Auschusses. Die Opposition ist zu verstehen, wenn wir die Finanzlage des Verbandes betrachten. Das Defizit, das am Jahresabschluß vorhanden war, kann nicht durch Erbsparnisse getilgt werden; es müssen da schon Mehreinnahmen geschaffen werden, und diese sind nur durch erhöhte Beiträge zu erzielen. Es würde nun die Frage offenbleiben, ob die Form die richtige ist, in welche der Vorstand die Erhöhung geheißen hat. Meiner Ansicht nach geht die Erhöhung der Beiträge etwas über das hinaus, was die Mitglieder erwartet haben. Wenn Kollege Almann in seiner Begründung andeutet, daß nach dem Kriege uns große Mittel zur Verfügung stehen mögen, dann müssen sieben müssen, um den Abschluß der Tarifbewegungen zu unseren Gunsten herbeizuführen zu können, so wissen wir dies; wir glauben sogar, daß der neu eingeschickte oder verlängerte Reichstarr mit den Konsumgenossenschaften auch nicht so glatt abgeschlossen wird; denn die Forderungen der Kollegen in den kleinen Bäckereien oder den Orten, wo der Reichstarr mit 2½, 5 bis 15 v. St. Abschlag ausgestattet ist, werden nicht so einfach bemildigt werden. Die Leistungszulagen sind nach dem prozentualen Verfahren dort so gering, daß gegenüber der herrschenden Leistung aller Betriebsartikel kein Ausgleich gefunden wird. Aus diesen Gründen, die bei den Privatbetrieben auch gelten, würde wohl die Stellung gegen die Beitrags erhöhung bei den Großhändlern nicht so scharf werden, wenn nicht gleichzeitig der Abbau der Gradenunterstützung damit Hand in Hand ginge.

Die Auffassung des Auschusses, daß der Verbandstag zu früh einberufen wird, ist anzuerkennen. Die Frist ist zu kurz. Ich möchte deshalb vorschlagen, im § 51 statt 4 Wochen 8 Wochen zu leben. Es bleibt dann mehr Zeit, die Anträge auch im Handblatt beprechen zu können. Der § 51 ist überhaupt nicht glücklich gesetzt; wenn die Einladung des Verbandsvorstandes richtig ist, daß nur Einzelzahler und Mitgliedschaften Anträge stellen können. Wenn der Kollege Almann uns verlassen will, so ist das ja bedauerlich, aber wir sollten doch niemand hoffen, wenn er sich verbessern soll. Er wird der Arbeiterbewegung ja auch in seinem neuen Wirkungskreis noch helfen können. Daß wir unsere Beamten bestmöglich müssen, ersehen wir aus dem Weggang Almanns sehr deutlich. Anschließend hieran möchte ich die Verlegung des Verbandsvorstandes nach Berlin befürworten. Durch die vielen Veränderungen des Bundesstaates und Gründung der Rohstoff- und Einkaufsmonopole wäre es für den Vorstand doch von Vorteil, näher am Sitz der Regierung zu sein. Es würde viele Reisen ersparen, die bekanntlich auch Geld kosten. Auch für unsere Kollegen würde es besser sein, wenn der Vorstand versuchte, Einwirkung auf die Gründung der Monopole zu bekommen. Der Einfluß der C. E. G. oder die Angiebungskraft derselben, die sich ja verschiedenradig geltend macht, wird in Berlin nicht so groß sein als in Hamburg.

Es wundern mich, daß bisher noch keine „Anträge“ von Bahlstellen eingelassen und in der Zeitung veröffentlicht

\* Diese Einladung war zurückgestellt. D. R.

worden sind, und daß noch keine Mitglieder in Eingangszeit ihrem Herzen Lust machen. Es hat den Anschein, als erhebe sich gegen die erhöhten Beiträge kein Widerstand, welches ja im Verbandsinteresse zu begrüßen wäre. Voraussetzung der Erhöhung muß aber auch gleichzeitig den Bedarf der Extra oder Streitkosten bedeuten. Es gibt nichts Widerliches für den Einflussreiter, als die Gründe immer anzuführen, welche zu der Einführung der Kosten zwangen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die 14. Generalversammlung ein vorurtheilfreier Stein in dem Aufbau des Verbandes sein möge.

L. K. m. p. f. Hannover.

Schneller als man dachte, hat uns der Hauptvorstand mit dem Ausführlichen des Verbandsstages überzeugt und uns mit dem Entwurf eines Unterstützungsreglements bedacht, der Jahr ein schneidende Wirkung für viele Kollegen bringen wird, falls er in dieser Form beschlossen wird. Man muß sich fragen, nachdem fünf Sechstel der Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen sind und während dieser Zeit außerhalb der Organisation stehen, ob sich eine so ein schneidende Frage rechtfertigen läßt. Es ist weniger die Einführung weiterer Beitragsstufen mit der gleichzeitigen Erhöhung der Beiträge. Ein jeder einfältige Kollege wird sich sagen müssen, daß wir unsere Verbandsstufe nicht erhöhen dürfen, sondern den Verhältnissen entsprechend hören müssen. Da kann eine progressive Staffelung, entsprechend den Einkommen, nur von Vorteil sein. Gegen einen zeitgemäßen Ausbau der Streit- und Gemeinschaftsunterstützung liegt nur auch nichts einzuwenden. Aber wie der Entwurf der Krankenunterstützung aussieht, das gibt sicher zu denken, da zum Verbandsstag 1910 in Berlin die Einführung der Markstaffel als Erfolg für die Hilfsstiftung beschlossen wurde und seitdem jetzt ein Verbandsstag tagte. Jetzt wird vom Ausbau unserer Krankenunterstützung gesprochen. So muß man sich also fragen, was hat uns dann veranlaßt, die Krankenunterstützung in dieser Höhe und Zeitdauer einzuführen und was führt man als Grund an, um eben diese Unterstützung auch nur einem dozentischen Verbandssteige widerzusprechen?

Die Krankenunterstützung wurde 1910 eingeführt, um den Kollegen eine Erfolgsstufe zu schaffen für die Zentral-Strand- und Tierkosten des Bäder. Denn bekanntlich war damals unsere Zentralvereinigung in schwierige finanzielle Verhältnisse geraten. Es werden die daraus folgenden Verhandlungen und Verhältnisse den älteren Kollegen noch alle in Erinnerung sein, und ich erinnere es mir deshalb, daher darauf einzugehen. Es wurde den Kollegen die Verbandsstrafe als sozialistische Erziehung empfohlen. Der größte Teil der Kollegen ist dann auch in die Markstaffel (Krankenunterstützungstafel) eingetreten, und sie haben sich keine weiteren Krankenzuschüsse zugesetzt, weil sie sich sagten, ich kann zur Zeit mit der geistigen Draiser, Erziehungskräfte und der Verbandsunterstützung meine Zwecke über Weißer holen. Wenn man jetzt nun vom Ausbau der Krankenunterstützung in der Organisation spricht und dafür den Ausbau der höchsten Krankenunterstützung ansieht, so muss man die Frage aufzuwerfen, wie ist denn die geistige Krankenunterstützung ausgebaut worden? Meines Wissens ist sie hauptsächlich nur im Umfang der Tierkosten und sonstiger mit dem Versicherungswesen im Zusammenhang stehenden Fragen ausgebaut worden. Über in der Strandengeld-Kasse, Leistung nicht. Zahlen doch bitte noch die beigekommenen Sträfzertifikate nur 60 % des Einkommens (Tageobrutes) als Krankengeld; von den Zentral- und Gemeindelagen ganz zu schweigen. Wo liegen nun die übrigen 40 %, die den Kollegen bei eingeschlossener Freiheit stehen? Sicher hat man den Erfolg in der Krankenunterstützung des Verbandes eingerichtet, denn bisher hat es der Tag A 2 152 Tage lang gegeben, in Summe A 331, bei fünfjähriger Mitgliedschaft. Wie steht es aber in dem Abschluß der Bezirksleiterkonferenz aus? Da gibt es noch fünfjähriger Mitgliedschaft in der Markstaffel 60 Tage lang A 150 oder in Summe A 90, also rund ein Drittel über 20 % der jahreszeitigen Leistung. Gruß noch fünfjähriger Mitgliedschaft zeigt sie auf A 225 oder rund 60 %! Da kann man sagen mancher von Ihnen jetzt das in schon mehr Fragen. Wie steht es da mit den Mitgliedern und deren Angehörigen, wenn sie in die Lage kommen, eine längere Krankenunterstützung zu benötigen? Können Sie die Kollegen nicht ratsa auf die jüngste Kasse geraten? Was wir nicht für die Angehörigen wollen, wollen wir doch auch nicht für die Mitglieder. Wenn man nun aufdrückt, die noch halbe beklagenden Mitglieder werden durch die Strafzonen und Kurz-Strafzettel mit Krankenunterstützung befreit sein und werden bestreben die Krankenunterstützung des Verbandes und bestreben den Verlust nicht zugestehen, so ist es nicht mehr wie moralische Fristat, der geworden ist. Dies ist die hoffnungslosen Schwestern zu nehmen und diese Ausgaben sind schon beträchtliche Betriebsausgaben. Darum steht Ihnen, insbesondere Zusammensetzung in allen Kassen. Dann wenn die meisten Mitglieder sagen, sie bezahlen lieber 40 % Beitrag entwurf 20 %, wenn die Unterstützung ausgebaut wird, so haben sie wohl aus in einer Linie an die Krankenunterstützung geknüpft haben. Nur zweite kann aus nicht so ganz leicht, wenn man ihnen jenseits ziehen will, und nehm auf 25 und 27 % des Einkommens setzen gleich 20 % und dann die Selbstbehördeunterstützung in allen Kassen ist aus, hat die Mitglieder neben der Selbstbehörde des 60 % der eingeschlossenen Krankenunterstützung auf die nächsten 10 % geknüpft werden. Eine von mir kann der eingeschlossenen Selbstbehörde jenseits will, legt man einen Konto, der bestrebt ist, wenn ein Mitglied neben der selbstbehörde Seite und der Verbandsunterstützung noch einer Zuflusslinie angehört, er hat die Hälfte der Verbandsunterstützung zugestellt.

Dortwo wird das Selbstbehörde Volk Geist nicht und keinerlei Antheil der Selbstbehörde im Brot ein besonderer Zuschlag. Auch der bestreite kleine Selbstbehörde nicht bestreiten und ein bestreitender kein bestreitender die kleinen Selbstbehörde des Kreises.

Wir möchten auch bestreit bestreiten, daß von den 20 % Mitgliedern, die zum Selbstbehörde eingezogen sind, mancher den Zug zum Kreisamt nicht zurücknehmen kann, wenn man seine Karte in bestreiten, wie in dem Abzug der Krankenunterstützung. Es ist mir dann an Unterstellung über, was man für Mitglieder mehr eine gestatten werden.

Was würden unsere Angehörigen sagen, die den Antrag herbeigeführt haben, wenn die Mitglieder sagen würden: Ihr habt durch den Heeresdienst an Eurer Gesundheit Schaden gelitten und müßt deshalb, wenn Ihr stand werdet, mit der gesetzlichen Krankenunterstützung auskommen! Kein vernünftiger Kollege wird Euch das zumuten.

Das um Hand aufs Herz und das Gewissen geschärft. Nicht Abbau unserer Krankenunterstützung, sondern Ausbau soll unser Feldruf sein.

L. B. Frankfurt a. M., zurzeit im Felde.

### Zur Lehrlingsfrage.

Schon seit Jahren führt unser Verband einen Kampf gegen die ungesunden Zustände im Lehrlingswesen unseres Berufes. Wir sind davon überzeugt, daß hier eine grundliche Änderung geschaffen werden muss. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben diese Frage geradezu brennend gestaltet.

Unterlassen wir eine Untersuchung der Frage: ob es notwendig war, während des Krieges die Lehrlingsausbildung zu verzögern, wie es geschehen. Halten wir uns an die Erfahrungen, wie sie durch die Erhebungen unseres Verbandes vorliegen. Ist es da nicht selbstverständlich, daß jeder denkende Berufszugehörige ganz einheitlich die Folgen, die daraus entstehen müssen, sich vor Augen fühlt? Was soll aus den zurückhaltenden Gejellen werden bei Kriegsende? Wo sollen all diese Arbeitskräfte ein Unterkommen finden? Wohin auch all die Meister, deren Existenz verloren ist, die doch mit all ihren Zukunftshoffnungen gern im Beruf eine Unterunft finden möchten? Es kommen weiter noch die vielen zurückgebliebenen Berufszugehörigen in Betracht, die eine jetzt viel begehrte Arbeitskraft sind und vielleicht so manchem Meister es ermöglichen, sein Geschäft aufrecht zu erhalten. Sollen sie nur als Notarbeiter gedient haben und nun wieder hinausgestoßen werden aus dem Beruf?

Aber nicht nur Gejelleninderten kommen in Betracht. Eine generelle Regelung dieser Angelegenheit wird auch dazu führen, dem Gewerbe selbst zu nützen. Zeigt uns doch eine bekannte Erfahrung, daß wir in all den Gegenden und Städten, wo mit gute leistungsfähige Bäderbetriebe auftreten, dort die Lehrlingsverhältnisse sich in erträglichen Rahmen bewegen. Umgekehrt die Heimatgebiete der Lehrlingsmärkte Kapitalistische Zwergbetriebe entstehen. Diese Betriebe sind nicht in der Lage, einen Gejellen so zu entlohnen, daß er jüngst als Familienbauer durchs Leben schlügen kann, wenn er Gejelle bleibt. Er verliert sein Glück als Meister. Bei der Schwächung ist sein Bedarf für neue Betriebe. Er muß verjüngen, den bestehenden Betrieben Rivalität abzujagen; so kommen wir folgerichtig zur Schlußkonkurrenz, einem der schlimmsten Krankheitszweige unseres Berufes. Es sind das ein paar Gründe, wie Meister und Gejelle unter diesem Gewerbebeispiel leben müssen. Nur weiß man sich vor den Selbstbeschämungen zunächst, widersteht man einer zur Bekämpfung befragenden Operation.

Es liegt sich noch viel anderes, sehr Wichtiges, auch Feieres zu dieser Frage schreiben, erträgt sich aber; wichtiger ist zu betonen: wie kommen wir zu einer Besserung? Hier gibt es nur einen Weg.

Es muss berügt werden, zu einer Vereinbarung zu kommen mit den Jungen; sei es durch öffliche Annoncen oder mit der Gewerbeorganisation der Arbeitgeber, eventuell den Zweigverbänden, wenn man glaubt, besonders Schülerverhältnisse berührungen zu müssen. Lieber den gemeinsamen Weg, ist eine Vereinbarung finden, wie auch über die Form einer Vereinbarung. Voraussetzung ist nur gute Wille und ernsthaftes Streben, etwas Vorarbeit zu schaffen — nicht etwa nur beschließen des guten Willens wegen — und zur Durchführung zu bringen.

Zu prüfen wäre möglichst auch die Frage, ob nicht die geschaffene Arbeitsgemeinschaft der Kriegsteilnehmer für die Rücksicht eine Rente gibt. Es wäre dies eine wirklich praktische Fürsorgearbeit.

Aufgabe unseres Verbandsstages muß es sein, die Verbandsleitung zu beauftragen, auf dem bereits bekräftiten Wege fortzufahren trotz des bisherigen Misserfolges.

Da der Verband des Germaniaverbundes sich nicht bewegen lißt, etwas Einheitliches zu schaffen für ganz Deutschland, so kontrahiert unsere Verbandsleitung die Befürworter, die Seite vertrüte zu bringen. Einzelheit wurde dieses durch die Befürworter vereinbart. Sieht man von den Annahmenberichten ab, so hat man jetzt nicht in unserer Zeitung gelesen über Regierungsschlußstücke.

Der Aktionsbezirk Görlitz wurde anschließend an diese Aktion 14 Annahmen ein Schreiben zugeschickt, auf die beigefügte Resolution verwies, daß es wurde geheißen, sich in den Annahmenberichtigungen mit unseren Brüdern zu beschäftigen. Nur zwei Annahmen haben hierzu geantwortet, nämlich Südbaden und Südtirol. Südtirol hat darauf beruhend, daß in ihrer Annahme bereits bestätigliche Beschlüsse vorliegen, und eine weitere Einberufung vorläufig abgelehnt. Sehr ähnlich antwortete Südtirol, daß sie nun in mehreren Annahmenberichtigungen mit der Seite bestätigt hätten; im übrigen wies man darauf hin, daß Bestimmungen der Südtiroler Gewerbeleute vorbereitet, daß Meister ohne Gejelle nicht mehr die zwei Lehrlinge halten dürfen und kann erst auf zwei Lehrlinge einen meistern. Meistert ist noch nicht, bis die Annahmenberichter beruflich eingerichtet gemacht hätten. In Südtirol könnte man es noch untersetzen, daß hier Lehrlinge ohne Meister in einem Betrieb beschäftigt werden. Solange hierin keine Verbindung hergestellt würde, müßten sie es ablehnen, sich noch mehr Beschränkungen aufzuerlegen.

Am 10. März ist fortan ein zweites Schreiben hinzugekommen, dessen Antworten, daß man in der Zeitung immer nach Lehrlingsgeschick eintritt. Es steht der Kunde auf, man möge auf die Meister einwirken, daß sie besser Klarheit nehmen und auch überbaute dafür zu sorgen, in einem Jahre keine Lehrlinge einzustellen.

Es ist nun dann noch zwei weitere Antworten eingegangen von Sachsen und Görlitz. Man fordert eine Rücknahme des Befürworter, und nicht abgeneigt, nach

dem Kriege eine gesetzliche Regelung zu unterstützen. Der Obermeister des Görlitzer Innung, zugleich Vorsitzender des Zweigverbandes Görlitz, Herr Wilhelm Kuhnt, antwortete ausführlich: Eingangs beweist er in seiner Antwort auf die riesenhinrende Betriebszusammenlegung, von 86 Betrieben arbeiteten nur 16, und in diesen Betrieben sei nur ein kleiner Teil Lehrlinge aufgenommen; würden die übrigen Betriebe wieder haben dürfen, so sei es ausgeschlossen, daß ein größerer Teil auch mit je einen Lehrling erhalten würde.

So dann mußt er ein interessantes Gesamtbild, nämlich, die jetzt bestätigten Lehrlinge würden über gebraucht, um den übrigen Bäderen die Brotwaren zuzustellen, wie das auch bei andern Handwerkern der Fall sei. Gejellen seien, wenn es überhaupt welche gäbe, nicht zu solcher Arbeit zu bewegen.

Bei einem Schlußschreiben schreibt er dann weiter, nachdem er noch davon überzeugt, daß hier eine grundliche Änderung geschaffen werden muss. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben diese Frage geradezu brennend gestaltet.

Unterlassen wir eine Untersuchung der Frage: ob es notwendig war, während des Krieges die Lehrlingsausbildung zu verzögern, wie es geschehen. Halten wir uns an die Erfahrungen, wie sie durch die Erhebungen unseres Verbandes vorliegen. Ist es da nicht selbstverständlich, daß jeder denkende Berufszugehörige ganz einheitlich die Folgen, die daraus entstehen müssen, sich vor Augen fühlt? Was soll aus den zurückhaltenden Gejellen werden bei Kriegsende? Wo sollen all diese Arbeitskräfte ein Unterkommen finden? Wohin auch all die Meister, deren Existenz verloren ist, die doch mit all ihren Zukunftshoffnungen gern im Beruf eine Unterunft finden möchten? Es kommen weiter noch die vielen zurückgebliebenen Berufszugehörigen in Betracht, die eine jetzt viel begehrte Arbeitskraft sind und vielleicht so manchem Meister es ermöglichen, sein Geschäft aufrecht zu erhalten. Sollen sie nur als Notarbeiter gedient haben und nun wieder hinausgestoßen werden aus dem Beruf?

Aber nicht nur Gejelleninderten kommen in Betracht. Eine generelle Regelung dieser Angelegenheit wird auch dazu führen, dem Gewerbe selbst zu nützen. Zeigt uns doch eine bekannte Erfahrung, daß wir in all den Gegenden und Städten, wo mit gute leistungsfähige Bäderbetriebe auftreten, dort die Lehrlingsverhältnisse sich in erträglichen Rahmen bewegen. Umgekehrt die Heimatgebiete der Lehrlingsmärkte Kapitalistische Zwergbetriebe entstehen. Diese Betriebe sind nicht in der Lage, einen Gejellen so zu entlohnen, daß er jüngst als Familienbauer durchs Leben schlügen kann, wenn er Gejelle bleibt. Er verliert sein Glück als Meister. Bei der Schwächung ist sein Bedarf für neue Betriebe. Er muß verjüngen, den bestehenden Betrieben Rivalität abzujagen; so kommen wir folgerichtig zur Schlußkonkurrenz, einem der schlimmsten Krankheitszweige unseres Berufes. Es sind das ein paar Gründe, wie Meister und Gejelle unter diesem Gewerbebeispiel leben müssen. Nur weiß man sich vor den Selbstbeschämungen zunächst, widersteht man einer zur Bekämpfung befragenden Operation.

Es liegt sich noch viel anderes, sehr Wichtiges, auch Feieres zu dieser Frage schreiben, erträgt sich aber; wichtiger ist zu betonen: wie kommen wir zu einer Besserung? Hier gibt es nur einen Weg.

Es muss berügt werden, zu einer Vereinbarung zu kommen mit den Jungen; sei es durch öffliche Annoncen oder mit der Gewerbeorganisation der Arbeitgeber, eventuell den Zweigverbänden, wenn man glaubt, besonders Schülerverhältnisse berührungen zu müssen. Lieber den gemeinsamen Weg, ist eine Vereinbarung finden, wie auch über die Form einer Vereinbarung.

Hinsichtlich der Arbeitszeit in den Bäderen bei der pfälzische Kreisregierung folgendes bestimmt: 1. Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Brot dienen, sind in Bäderen, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen: a) im Sommer, das ist vom 15. April bis zum 15. Oktober, in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, b) im Winter, das ist vom 16. Oktober bis zum 14. April, von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten. 2. Zur Vorbereitung von Vorarbeiten darf diese zwölfjährige Ruhezeit auf die Dauer einer Stunde, einzukennen drei Stunden vor Beginn der Arbeitszeit, unterbrochen werden, das ist im Sommer in der Zeit von 3 bis 4 Uhr, im Winter von 4 bis 5 Uhr morgens. Im übrigen sind auch die Vorarbeiten während der Ruhezeit verboten. 3. Zu widerhandeln gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu 1.500 oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Der bekannte Vorschlag des Kriegernährungsamtes hat also leider auch bei der pfälzischen Kreisregierung Verständnis gefunden. Da aber das Kriegernährungsamt seinerzeit darauf hinweist, daß nach § 9 der Verordnung über die Bereitung von Brotwaren in der Fassung vom 26. Mai 1916 alle Vorarbeiten zwar verboten sind, doch jedoch die höheren Verwaltungsbehörden nicht nur im fällig werdenden wirtschaftlichen Bedürfnisse Beginn und Ende der Arbeitszeit für einzelne Bezirke oder Orte anders festlegen können, sondern daß sie auch in „Notfällen“ und im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Bevölkerung plötzlich auftretenden Bedarfs der Haushaltswirtschaft oder der Marineverwaltung ganz allgemein Ausnahmen zulassen können, so wäre es doch wohl notwendig gewesen, daß die pfälzische Kreisregierung wenigstens gezeigt hätte, welches der vom Kriegernährungsamt angeführten Vorschriften in der Pfalz eingetreten sind, um ihre Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Anordnung ist wirklich ein Hohn auf das Nachbarkonzept und fordert zum schärfsten Prolet der Befreiungsschafft heraus. Wir hoffen, daß die vorliegende Kollegenschaft sich ganz entschieden dagegen wehrt, ihre Nachtruhe dem Unverständnis einer irregelmäßig Bureaucratie opfern zu lassen!

### Ergebnis zu Vorarbeiten in der Pfalz.

Alle Teilnehmer am Verbandsstage sowie an der Reichskonferenz für Genossenschaftsbäder wollen sich zwangs Bevorzugung von Logis rechtzeitig an den Zentralverband der Bäder und Konditoren, Leipzig, Reiter Straße 32, Volkshaus, wenden.

Rückschreiben über eingegangene Bestellungen von Logis erfolgen nicht. — Die Teilnehmer jahren bis Leipzig-Hauptbahnhof. Von dort ist die Straßenbahnlinie M, welche vom Hauptbahnhof aus geht, in Richtung Süden zu fahren und direkt bis Volkshaus zu jahren. Empfang am Bahnhofe findet nicht statt.

Das Empfangszimmer ist an der Versammlungstafel im Mittelportal des Volkshauses erreichlich.

**Die Volkskommission.**

### Achtung, Verbandsstag!

Alle Teilnehmer am Verbandsstage sowie an der Reichskonferenz für Genossenschaftsbäder wollen sich zwangs Bevorzugung von Logis rechtzeitig an den Zentralverband der Bäder und Konditoren, Leipzig, Reiter Straße 32, Volkshaus, wenden.

Rückschreiben über eingegangene Bestellungen von Logis erfolgen nicht. — Die Teilnehmer jahren bis Leipzig-Hauptbahnhof. Von dort ist die Straßenbahnlinie M, welche vom Hauptbahnhof aus geht, in Richtung Süden zu fahren und direkt bis Volkshaus zu jahren. Empfang am Bahnhofe findet nicht statt.

Das Empfangszimmer ist an der Versammlungstafel im Mittelportal des Volkshauses erreichlich.

## Schankmehrung des Verbandszuges.

### Düsseldorf.

Vom 1. bis 13. April gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Münz: Hamburg A. 2039/11, Essen 315/16, Flensburg 25/10, Bremen 330/77, Hof a. d. S. 11, Landsberg 184/41, Lübeck 157/45, Uetersen-Glimshorn 18/50, Coburg 15/89, Lüdenscheid 31/45, Bremerhaven 46/87, Bremberg 36/49, Stendal 19/80, Düsseldorf 26/14, Bielefeld 128/17, Biesen 32/81, Görlitz 62/29, Saarbrücken 113/40, Hamm 149/25, Leipzig 644/91, Gera 63/37, Magdeburg 546/40, Gotha 33/37, Limbach 38/97, Duisburg 44/29, Büdingen 36/25, Berlin 2127/12, Elmenhorst 42/50, Sagan-Samau 23/35, Spremberg 11/29, Mainz 80/71, Weissenfels 23/85, Erfurt 60, Übersefeld 221/80, Herford 186/69, Plauen 1. 28. 44/90, Eisenach 18/52, Oldenburg 36/40, Altenburg 39/47, Suhl 89/40, Apolda 106/90, Hofstet 54/84, Forst i. d. L. 10/52, Cottbus 131/25, München 960/52, Nürnberg 45/38, Zweibrücken 1660/03, Wiesbaden 151/49, Bielefeld 246/04, Ludwigsstadt 31/35, Osnabrück 85/15, Kiersberg 111/70, Regensburg 67/92, Mühlungen 37/85.

Für Sonntags bis Mittag: Danzig A. 80/70.

Von Einzelzuläufen der Hauptstelle: F. R. im Felde 4/13, M. Bittorf 15, M. B. Schwerin 6/25, F. M. Schles 1/35, M. Sch. Blomberg 3/60, E. St. Schwerin 1/20.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung": Hirschberg 4/3.

An die Hauptstelle für Kriegsobstmarken gefordert: C. N. (im Felde) A. 1, F. Z. und Kollegen, Clappens-Magazin 9, E. St. Schwerin 2.

Der Hauptstelleiter. O. Freytag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszweck.

In die Zuläufe Dresden: Von H. B. Bäckerei-Kolonne 149, M. 10, M. B. Groß-Zuf. Regiment 23, M. 5, A. N., Clappens-Bäckerei-Kolonne 14, M. 7. Frühher quittiert A. 4650/25, heute quittiert A. 17, zusammen A. 4667/25.

### Sterbetafel.

München. Lorenz Koch, 22 Jahre alt, am 9. April.

Wiesbaden. Konrad Dornberger, Bäcker.

### Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Magdeburg meldet als gefallen:

Ernst Scheibe, Bäcker, 31 Jahre alt, am 23. März; Franz Matthey, Bäcker, 22 Jahre alt, im März.

Bezirk München meldet als gefallen:

Kaspar Landsherr, Bäcker, 40 Jahre alt; Mich. Weichselgärtner, Bäcker, 32 Jahre alt; Josef Reisinger, Bäcker, 32 Jahre alt; August Grabmeier, Bäcker, 22 Jahre alt.

Bezirk Regensburg. Ludwig Hillwimmer (Landshut), Bäcker, 22 Jahre alt, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Bäcker.

Zum Breslauer Konsumverein (Auer Verein) wurde durch Verhandlungen, die recht langwierig waren und vom Vorsteherausschuss und der Organisationsleitung geführt wurden, den Beschäftigten ab 1. April eine wöchentliche Lohnzulage von M. 2 gewährt. Eine weitere Zulage von M. 1 wird ab 1. Juli 1918 gezahlt werden.

Zu der Dampfbäckerei Starke in Rosel bei Breslau sind den Beschäftigten ab 1. April eine weitere Zulage auf folgender Grundlage gewährt: Für Öfenarbeiter per Woche M. 3, für Roselarbeiter M. 1. Auch hier wurden die Verhandlungen von Bezirksleitern geführt.

**Forderung von Teuerungszulagen für die Brotbäcker in Hannover.** Am 7. April fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Versammlung der Zuläufe Hannover statt, zu der ganz besonders alle in den Brotbäckereien beschäftigten Bäcker eingeladen waren, um Stellung zu nehmen zu der an die Brotfabrikanten bereits gestellten Forderung um Erhöhung der Teuerungszulagen um M. 6 pro Woche. Kollege Heß gab einen eingehenden Bericht über den bisherigen Gang der Verhandlungen. Am 24. Februar fand eine Versammlung sämtlicher in den Brotfabrikanten beschäftigten Bäcker, den Unternehmern in Anbetracht der enormen Teuerung eine Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage um M. 6 pro Woche zu stellen. Da der größte Teil der Bäcker in den Brotfabrikanten gegenwärtig einen durchschnittlichen Lohn von nur M. 40 pro Woche bei einstündiger Arbeitszeit hat, so kann man die Forderung wohl als bescheiden ansehen. Leider mussten wir die Tatsache verzeihen, daß sie vor den Unternehmern, der Verbindung der Großbäckereien Hannover-Lindens und Ullendorf, abgelehnt wurde. Es wurde allerdings zugegeben, daß unsere Forderung berechtigt sei, man unsern Wunsch aber nicht nachkommen könnte, da der Verdienst bei der Brotfabrikation nicht ein derartiger ist, daß er eine Aufzehrung der Löhne aufzuht. Begründet wurde es damit, daß einmal Hannover mit den Roggen- und Weizenmehlzuläufen mit an erster Stelle steht, dann aber auch durch Teuerung der Kartoffelstärkeprodukte. Nach diesem lehnen Schreiben ist die Organisationsleitung sofort mit dem Vertreter der Brotfabrikantenorganisationen Herrn Dietrich Thiele in Verhandlung getreten, um eine Verständigung zu erzielen. Es wurde auch ein Ausgleich gezeigt, indem die Unternehmer an die Stadtverwaltungen Lindens und Ullendorf einen Antrag stellten um Abänderung der Mehlprenisse, die in andern Städten ja auch erheblich billiger sind. Sollte es zur Reduzierung der Mehlprenisse kommen, was zu erwarten ist, so sollt unsere

Forderung gewährt werden. Unsere Forderung blieb also bestehen, an ihr wurde nichts geändert. Nur wünschten wir wenigstens eine Befreiung der Teuerungszulage vom 1. April an. Leider habe die Frage bis heute nicht ihren Abschluß gefunden und ist es deshalb notwendig, daß die Bevölkerung wiederum dazu Stellung nehmen. Die Organisationsleitung habe alles unternommen, was zur Verständigung dient, und wünsche auch, daß es zu einer Verständigung kommt. Allerdings dürfe sich die Sache nicht mehr länger hinzögeln. In der Aussprache wurde bedauert, daß die Angelegenheit noch immer nicht erledigt sei. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Unternehmer, wenn sie die schlechte Lage ihrer Arbeiter zugeben und anerkennen müssen, sie auch in der Lage sein müssen, die geforderte Zulage zu bewilligen. Es wurde auf andere Städte hingewiesen, wo die Löhne in unserm Berufe bedeutend besser sind. Andernfalls müsse man sich sonst Arbeit in der Kriegsindustrie suchen. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der die Organisationsleitung auffordert, noch innerhalb einer Woche alles zu versuchen, die Angelegenheit zu regeln, sonst solle das Kriegssamt angerufen werden, um entscheidend einzutreten. Von der Organisationsleitung wurde zugesagt, alles zu versuchen, um eine Verständigung zu erzielen; die Versammelten wurden aufgefordert, so lange ihrer Arbeit in den Betrieben nachzugehen.

### Geschändungen.

### Stellungnahme zur 14. ordentlichen Generalversammlung.

**Altenburg.** In der am 3. April stattgefundenen Versammlung berichtete Kollege Heil über die Bezirksleiterkonferenz. Auf der Hinfahrt zur Konferenz sei er selbst der Ansicht gewesen, wir könnten dieses Jahr noch ohne Generalversammlung durch. Nachdem er aber die Gründe für die Abhaltung einer solchen gehört habe, mußte er seine Ansicht ändern. Heil ging dann auf die wichtigsten Punkte der Tagesordnung der Generalversammlung ein. In der Aussprache kam allseitig zum Ausdruck, die Abhaltung des Verbandszuges sei unbedingt zwingende Notwendigkeit. In der Frage der Beitragserhöhung stimmte die fast befürchtete Versammlung einstimmig dem Vorsandruckschlusstag zu. Schon 1917 hätten die Beiträge erhöht werden müssen, war die Ansicht aller Anwesenden. Beschllossen wurde weiter einstimmig: Jedes Mitglied der Zuläufe steht monatlich eine freiwillige Beitragssumme zu M. 1. Dieser Beschluss hat Gültigkeit bis zur Einführung der erhöhten Bodenbeiträge. Von einer Kandidatenaufstellung zur Generalversammlung wurde Abstand genommen. Zwei Anträge wurden zum Beschluss erhoben. (Siehe unter "Anträgen". D. R.) Zum Ausdruck kam noch: die Lehrlingsfrage sollte mehr als bisher im Auge behalten werden. Diese Angelegenheit wurde bisher zu oberflächlich behandelt. Sichtbar auf der Tagesordnung der Generalversammlung die Lehrlingsfrage im Bädergewerbe wiederum als einer der letzten Punkte. Mindestens muß eine eingehende Behandlung dieses Tagesordnungspunktes stattfinden. Die Lehrlingsausbildung führt in unserm Beruf bei weitaus fortwährend in jüngster Form und Zahl der gehaltenen Lehrlinge direkt zur Katastrophe. In Altenburg lernen Bäder aus: 1918 12 Lehrlinge, 1919 24 Lehrlinge, 1920 33 Lehrlinge. Wohin soll das führen?

**Braunschweig.** Am 27. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung war: 1. Der 14. Verbandsztag; 2. Anträge zu demselben; 3. Vorschlag eines Kandidaten zur Delegiertenwahl. Nachdem der Vorsitzende die Gründe für die Einberufung des Verbandszuges bekanntgegeben hatte, entspann sich eine sehr rege Diskussion. Verschiedene Redner tadelten scharf das Verhalten des Hauptvorstandes den Mitgliedern gegenüber. In der Begründung sage er, daß am Jahresende M. 51 681/48 Defizit gemacht seien. In der Begründung für die Auszahlung der Weihachtsunterstützung 1917 wurde aber geschrieben, daß der Verband, wenn auch wohl schwer, doch in der Lage sei, die Unterstützung von M. 8 an die Frauen auszuzaubern. Ein Redner sagte, die Ausgabe sei erfolgt, um den Grund für die Beitragserhöhung zu vergrößern. Der Kollege Gehre unterzog die in Nummer 11 bekannte gegebene Vorschläge einer scharfen Kritik. Besonders die Arbeitslosen- und Weisauerunterstützung, ganz besonders aber die Krankenunterstützung, die nur 75 vgt der ersten beiden Gruppen betragen soll, sei nicht verbessert, sondern verschärft. Sich viel verschärft habe die Kasse der M. 1-Beiträge; denn zum Beispiel erhält man noch fünfjähriger Mitgliedschaft jetzt bis 182 Tage pro Tag M. 2, nach dem neuen Vorschlag nur 60 Tage pro Tag M. 1.50. Wenn der Hauptvorstand das eine Verbesserung des Status nennt, so werden wohl die Mitglieder es anders bewerten. Zum selben, als ob Hals über Kopf die Beitragserhöhungen durchgeführt werden sollen, weil eben bei 38 Delegierten der Vorstand leichter die Sache drecksinn kann als bei 113 Delegierten. Nach eingehender Beratung wurde ein Antrag an den Verbandsztag gestellt und angenommen, das jebige Statut in Kraft zu lassen. Als Kandidat zur Delegiertenwahl wurde einstimmig der Kollege Richard Gehre aufgestellt.

**Bezirk Chemnitz.** Am 29. März fand eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt, in der man sich mit der 14. Generalversammlung des Verbandes beschäftigte. Kollege Meixner brachte die Eingänge zur Verleihung; Heil berichtete über die Bezirksleiterkonferenz und besprach die Tagesordnung zur Generalversammlung. Die Aussprache war eine rege. Die Mitglieder fanden die Abhaltung der Generalversammlung und die Erhöhung der Beiträge, wie in der Vorlage vorgesehen, für gut. Ein Antrag auf Einführung einer noch höheren Beitragsklasse wurde einstimmig angenommen. Kollege Meixner, Lößnitz, wurde als Kandidat zur Delegiertenwahl aufgestellt.

**Che miniz.** Am 23. März bildeten wir eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem Verbandsztag beschäftigte. Bezirksleiter Heil erläuterte die einzelnen Punkte der Tagesordnung, vor allem die Beitragserhöhung. Die Debatte war sehr lebhaft. Wenn man die Erhöhung der Beiträge auch nicht freudig begrüßte, so mußten die Kollegen die Notwendigkeit bestreiten doch an-

erkennt. Alle Kollegen sprachen sich dahin aus, daß es die Verhältnisse erforderten, nun endlich einen Verbandsztag stattfinden zu lassen. Ein Antrag fand einstimmige Annahme, und zwei Kollegen wurden als Delegierte bestimmt. Erstmals in diesem Jahr, Meixner und Schmid. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung in Bonn, Neubauers Restaurant, die am 17. März stattfand, wurde eine Stellung genommen zu der 14. Generalversammlung. Ihre Abhaltung wurde gefordert und die Erhöhung der Beiträge für unbedingt notwendig erklärt. Kollege Müller führte unter anderem aus: Unverständlich ist mir, daß ein Mitglied gegen Beitragserhöhung kein Mann. Nur gut gesetzte Gewerkschaftsstellen tragen zur Verbesserung der Lebenshaltung für die Arbeitersklasse bei. Kollege Limbach bemängelte den Beschluß der Gewerkschaften: Nebenritte dürfen während der Kriegszeit nicht stattfinden. Bestände dieser Beschluß nicht würden mehr Beiträge hereinkommen. Denn eine Anzahl Mitglieder aus andern Verbinden arbeiten jetzt im Bäderberuf, zählen aber Beiträge an andere Gewerkschaften. Organisierte Bäder seien aber in anderen Berufen nicht beschäftigt.

**Limbach.** In der Mitgliederversammlung am 20. März erstattete Kollege Heil Bericht von der Bezirksleiterkonferenz und nahm Stellung zu der Tagesordnung der 14. Generalversammlung. In der eingehenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder mit der Abhaltung der Generalversammlung einverstanden sind, und auch die Neuregelung der Beitragsklassen sind einstimmig anfangen. Diese Neuregelung mußte aller Vorauflage nach kommen, schon 1917 sollte zu dieser Frage Stellung genommen worden sein, war die Ansicht der Versammlungsteilnehmer. Von einer Kandidatenaufstellung wurde Abstand genommen. Kollege Höhne berichtete über die Verhältnisse am Ort. Geißler sind nicht mehr vorhanden, dafür jetzt mehr Lehrlinge: zwei, drei und noch mehr sind in den Bäderen anzutreffen. Höher geht's nicht mehr! Die Bädermeister haben in der Lehrlingsausbildung während des Krieges etwas Ehrliches geleistet!

**Plauen.** In der Mitgliederversammlung im Schillergarten am 24. März Kollege Heil berichtete von der Bezirksleiterkonferenz und erläuterte die Tagesordnung zum Verbandsztag. Die in der Versammlung vollzählig anwesenden Mitglieder begrüßten die Abhaltung der Generalversammlung, fanden die Beitragserhöhung den Verhältnissen entsprechend und stimmen der Vorlage der Beitragserhöhung zu. Zum Ausdruck kam, daß schon 1917 eine Generalversammlung stattfinden und die jetzt vorge sehene Beitragssregelung geschehen müsse. Einige Anträge wurden gestellt. Als Kandidat für die Delegiertenwahl wurde Kollege Häzler gewählt, der als tüchtiger und erfolgreicher Mitarbeiter für die Gewerkschaft bekannt ist; half er doch die Mitgliedschaft Suhl auf die Höhe zu bringen. Häzler berichtete dann über die Agitation am Orte; es wurden sämtliche Bäder durchgegangen, und jedes Bäder half bei dieser Arbeit. In den meisten Bäderen sind nur Lehrlinge beschäftigt. Nur noch 17 Geißler sind in den Kleinbetrieben beschäftigt. Auch in der Herstellung neuer Mitglieder sind Erfolge zu verzeichnen; in der Versammlung wurden ebenfalls zwei Kollegen gewonnen.

**Hannover.** Am 7. April fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Außer mit dem Geschäftsz- und Sachenbericht des letzten Quartals beschäftigte man sich eingehend mit dem Verbandsztag. Zum Kassenbericht führte Kollege Heß aus, daß wir sagen können, im letzten Quartal seien unsere Kassenverhältnisse stabil geworden. Die Einnahme einschließlich Kassenverband vom letzten Quartal betrug M. 3211/97; demgegenüber steht eine Ausgabe von M. 1905/24, so daß ein Beifall von M. 1306,73 bleibt. Der Geschäftsz-bericht beweise, daß wir auch im letzten Quartal nicht müßig gewesen sind und unsere Agitation auch keine noch Erfolge bringe; das allein beweisen 105 Aufnahmen von weiblichen Mitgliedern. In Celle war es uns möglich, eine Erhöhung der Arbeitszölle und eine weitere Teuerungs- zulage für die Arbeiterschaft der Firma Ehlers zu erreichen; hier haben unsere weiblichen Mitglieder tüchtig in der Organisation mitgearbeitet, und verdanken wir dieser Mitarbeit im letzten Quartal in Celle allein 40 Neuaunahmen. Eingeschend wurde dann die Lohnbewegung in den Brotfabriken geschildert; die Angelegenheit selbst werden wir in nächster Zeit vollständig bringen. Zum Schluß wurde noch hingewiesen auf die Agitation unter den Lehrlingen und auf die neuesten Ergebnisse und Veröffentlichungen, betreffend die Nacharbeit. Dann nahm man Stellung zum Verbandsztag. Nach einer Befragung der in unserer Zeitung veröffentlichten Tagesordnung und der Umgestaltung der Beiträge und Unterstützungsfälle trat man in die Diskussion ein, die eine sehr lebhafte war. Am allgemeinen stimmte man der Abhaltung eines Verbandszuges bei so wichtigen geplanten Umwälzungen innerhalb der Organisation zu. Bereits der Beitragserhöhung und der Herabsetzung der Krankenunterstützung erhob sich aber schärfster Protest. Wohl habe man Verständnis für eine Beitragserhöhung, aber eine derartige geplante fünfzigprozentige Erhöhung erscheine doch zu hoch. Bei allen Dingen würde sie uns schädigen, wo es uns doch wirklich nach dem Kriege not tut, vorwärts zu kommen. Da müssen wir uns schon etwas nach den Fleiß- und Metallarbeiten richten. Mit dem 40-H-Beitrag für die weiblichen Mitglieder sei man einverstanden. Es wurden dann in bezug auf die Beitragserhöhung Anträge an den Verbandsztag gestellt. Die Wahl zum Verbandsztag sollte am 21. dieses Monats stattfinden. 112 Delegierte wurden die Kollegen Appel, Weißmann und Heß vorgeschlagen.

**Magdeburg.** Am 6. April nahm die Zuläufe in einer Mitgliederversammlung, die leider nur schwach besucht war, Stellung zum Verbandsztag. Kollege Wille erläuterte die Tagesordnung und betonte die Notwendigkeit der Abhaltung des Verbandszuges. Besonders wichtig sei die Regelung des Beitrag- und Unterstützungsweises. Die Mitglieder sollten bei Beurteilung und Stellungnahme zu der Umgestaltung der Beiträge nicht von kleinlichen lokalen Geschäftspunkten aus Gegner der Vorlage des Verbandsvorstandes sein, sondern im Interesse der Gewerkschaften beschließen zu stimmen. Kollege Zelle beschrieb durch die

Erhöhung der Beiträge einen Ausdruck größterer Zelle der sozialen Mitglieder; er ist Gegner der Vorlage des Verbandsberichtes und hätte eine Erhöhung der Beiträge um 5 bis 15% für gerecht gehalten, um die Finanzen der Organisation zu verbessern. Er empfahl den Mitgliedern einen Antrag, der besagt, daß die Masse 150,- S.-Beiträge ganz zu streichen ist. Wille befürwortete diesen Antrag; wenn die Mitglieder ihm Verständnis entsprechend Beiträge zahlen sollen, müsse auch die höhere Stufe bestehen bleiben. Der Delegierte könnte eventuell beantragt werden, daß er dafür einzutreten habe, daß die Wohnkasse für den 150,- S.-Beitrag noch etwas heraufgesetzt wird. Nach langerer Diskussion wird der Antrag Zelle gegen eine Stimme angenommen. Ebenso stimmt die Versammlung einigen von Zelle zum Genossenschaftsrat gestellten Anträgen zu. Als Kandidaten wurden die Kollegen Paul Müller und Hugo Zelle aufgestellt. Der vorgedruckte Zeit wegen mußte der Kand. "Verbandsangehörigenrat" von der Logosarbeitung abgelehnt werden. Kollege Wille teilte über mit, daß am 21. oder 22. April wiederum eine Mitgliederversammlung stattfindet, in der der Generalsbericht gegeben wird und die Stellung zu den weiteren Anträgen zum Verbandsbericht nehmen kann.

**Sachverständiger.** Am 21. März fand bei S. Stumpf, Bleichstraße 6, eine Versammlung statt, die sich mit dem Verbandsbericht beschäftigte. Es wurde vor allem zu den vorliegenden Untersuchungsfällen Stellung genommen; eine Einigung zwischen ledigen und verheirateten Mitgliedern wurde abgelehnt. Außerdem wurde beschlossen, den Sachverständigen Herrn Gauß zu einem Delegierten für den Bezirkssatz 25 aufzustellen.

### Aus Unternehmertreinen.

#### Großindustrie.

Der 61. Verbandstag Deutscher Schokoladenfabrikanten fand Anfang März in Berlin statt und beschäftigte sich in erster Linie mit Fragen der Übergangszeit. Es wurde folgender Bescheid gefaßt: Der Verbandstag der Deutschen Schokoladenfabrikanten am 2. März 1918 erforderte einstimmig, daß er noch wie vor dem zentralisierten Einheitsamt im Range des Reichstages vom 22. September 1917 für allein richtig hält. Da über sämtliche Regierungsstellen einstimmig einen dezentralisierten Einheit fordert, glaubt der Verbandstag dem in der Bereitung mit Regierungsbürgern am 30. Januar 1918 vom Reichswirtschaftsamt gewünschten Kompromißvorschlag nachgehen zu müssen unter der Voraussetzung, daß die gleimögliche Belieferung aller Fabrikanten gewährleistet wird.

Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Arbeitseinsatz nach dem Kriege und es wurde hierzu folgende Erklärung angenommen: Die Wiedereinstellung der unter den Haken liegenden Angestellten und Arbeiter nach Kriegsende ist eine Pflichtpflicht der deutschen Industrie. Der Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten erläutert es für selbstverständlich, daß seine Mitglieder nach Friedensschluß so rasch wie möglich den zum Heeresdienst eingezogenen Angestellten und Arbeitern wieder Beschäftigung geben werden und entsprechend den Mitgliedern, die eine berufende Gewerbe zu geben, um ihnen die Sorge um die Zukunft zu nehmen. Der Verband hofft, daß den deutschen Schokoladenfabrikanten baldigst die nötigen Mengen Butter und Fett zur Verfügung stehen, damit die Betriebe wieder voll arbeiten können.

In bezug auf die Zusammenlegung der Betriebe wurde herausgegeben, daß ein Vertreter des Reichswirtschaftsamtes die Mitteilung gemacht habe, eine weitere Zusammenlegung der Schokolade- und Butterwarenindustrie sei nicht beabsichtigt, und es werde daran hingewiesen werden, die im Bereich des IV. Armeekorps (Magdeburg) und des X. Armeekorps (Hannover) erfolgte Zusammenlegung wieder aufzubauen. Es soll aber eine Konfrontation eingelegt werden, um die Möglichkeit der Einigung des Schokoladen- und Butterwarenindustrie zu prüfen.

Die Vereinigung Deutscher Butterwaren- und Schokoladenfabrikanten (Sitz Würzburg) hielt fürlich ihre 16. Hauptversammlung in Leipzig ab; von den 490 Mitgliedsfirmen war die Hälfte vertreten. Der Vereinigung unterwarf die Entwicklung der Butterzulieferungsstelle für das betriebsfeste Süßigkeitenwaren sowie der Süßwarenzulieferung. Auch am gleichen Tag wurde bestimmt, daß von weiteren Zusammenlegungen in der Süßwarenindustrie abgesehen werden soll. Ferner wurde bestimmt, daß auf Grundlage des Kriegserhaltungsgesetzes zumindest seite Absatzverhandlungen mit Süßwaren für die Butterfabrikanten zuliefern werden; die Groß- und Kleinbäckerei werden gleichfalls auf bestimmte Betriebsarten beschränkt. In bezug auf die Übergangszeit wurden dieselben Maßnahmen verordnet, wie von der Versammlung der Schokoladenfabrikanten. Mit der Hauptversammlung war auch eine Generalkonferenz in Mainz der Süßigkeiten- und Schokoladenindustrie verbunden; über die Versammlungen wird in der nächsten Ausgabe über uns berichtet. Die Versammlung hat in den letzten Jahren ihre Ausdehnung, sowie ihren Einflußbereich entsprechend.

Das sind unsere Erfahrungen in der Süßwarenindustrie gezeigt; kein losen sollte! Sie hat leider während der Kriegszeit nicht in bestehender Lage dafür gesorgt, daß ihre Herren und ihre Gemüter eine Stütze erhalten haben, wozu noch allen Anstrengungen des Geschäftes angegriffen immer noch die Möglichkeit vorgelegen hätte!

Die Bäckermeister im Bezirk Chemnitz zur Lehrungsfrage. Der Bezirk Chemnitz wurde am 3. März an 20 Bäckermeister ein Schreiben erlassen, das bestimmt, daß Bäckermeister nächster Woche Börse machen, auf diesen 1918 als Preis der zusammenhängenden Leistung erwartet beobachtet wird. Gesamtziel haben 7 Obermeister in gemeinsamem Sinne. Am 8. März 1918 wurde vom Bäckermeister Seil zu einer

Sitzung des Chemnitzer Bäckermeistersstandes geladen. Die Sitzung beschäftigte sich wieder mit der Lehrungsfrage. Von Seil wurden die Gründe, die für eine Beschränkung in der Lehrungsbelastung maßgebend sind, benannt. Als Regel zur Lehrungsbelastung stellte Kollege Seil auf: Jeder Bäckermeister kann einen Lehrling halten. Soll in einer Bäckerei ein zweiter Lehrling eingesetzt werden, muß ein Geselle in diesem Betrieb beschäftigt sein. Die Bäckermeister geben zu, daß jetzt in der Lehrungszeit zu viel Lehrlinge gehalten werden. Es sei aber begründet in dem Bedarfsmangel. Der Lohnabstand habe sich bereits mit der Einrichtung der Lehrungszeit beschäftigt, aber leider war in vielen Fällen die Ausreichbarkeit des Betriebes nur durch Einschaltung von Lehrlingen möglich. Weiter führte Herr Obermeister Bierer aus: Dem Sammelabstand kommt dabei selbst dann, was mit den treuen Ausgelehrten werden soll. Das Ergebnis der Aussprache ist, daß der Lohnabstand folgenden Beziehung haben will: Sollte der Krieg zum Herbst 1918 zu Ende gehen, dann sollen zu Ostern 1919 keine oder nur ganz wenige Lehrlinge eingesetzt werden. Diesen Beschuß sollte Herr Bierer dem Bäckermeister und vertrauen, alle Sitzungen für diesen Beschuß zu gewinnen.

#### Allgemeine Industrie.

Wie die Lebensmittelpreise gefreigert werden. Ein Kaufleuteamt in Elberfeld hatte irgendeiner Art Doppelzettel bestes Weizenmehl zu A. 610 pro Doppelzetteln bezogen. Er verkaufte zehn Doppelzetteln an einen Bäckermeister für A. 760, der die Menge gleich wieder für A. 800 verkaufte. Der neue Käufer verkaufte den Doppelzetteln alsbald für A. 840 an einen Raum, der an eine Elberfelder Munitionsfabrik lieferte. Der erste Käufer zahlt also schon A. 3,05 für das Pfund Mehl; als das Quantum an die Munitionsfabrik gelangte, mußte diese schon A. 4,20 für das Pfund zahlen! Was dann die Arbeitser und Bevölkerung, an welche das Mehl zur Vertheilung gelangte, zahlen müssen, wird in dem Bericht über die Gesamtverhandlung, die sich mit dieser unglücklichen Schieberei befaßte, nicht gesagt. Genaug, daß ohnehin schon zu dem Käufepreis von A. 3,05 pro Pfund angekauft Mehl wurde an Ort und Stelle noch um A. 1,15 bereinigt! Die Werte gewannen dadurch natürlich nichts an tatsächlichem Wert, aber die sozialen Gewerke sind in der schamlosen Weise ausgenutzt worden. Diese Räuber sind die Feinde unseres Volkes.

#### Genossenschaften.

Den Genossenschaftsrat haben anerkannt: Allgemeiner Konsumverein für Ansbach und Umgegend, Konsumverein für Schopfheim und Umgegend, Konsumverein für Eppendorf und Umgegend, Konsum-, Spar- und Produktionsgenossenschaft zu Delitzsch im Erz- und Umgegend und Konsumverein für Soltau und Umgegend. Den Anschluß an die Landgemeinschaft haben nun mehr 220 Vereine mit 1852 beschäftigten Personen in ihren Bäckerbetrieben vollzogen.

Zur Regelung der Lernerungszielungen in den Genossenschaften. Kaum wie den zahlreichen Mitteilung möglich, daß bezüglich unseres Antrages auf Erhöhung der Lernerungszielungen vor dem Kartellamt keine Einigung erfolgt, geht uns die Nachricht zu, daß nun einige Genossenschaften weigern, zunehmend mit den Arbeiterschaften und den örtlichen Gewerkschaften in dieser Frage zu unterhandeln. Die Genossenschaften führen sich auf den Beschuß des Kartells vom 12. September 1917, der lautet:

Verhandlungen über Lernerungszielungen oder Erhöhung des Zuschusses sind nur mit den Kartellunternehmen zu führen; direkte Verhandlungen der Geschäftsführungen der Genossenschaften mit dem Betriebpersonal sind unzulässig.

Dieser Beschuß ist zweifelhaft bezüglich der Lernerungszielungen künftig durch die Erklärung der Genossenschaftsvertreter in der Kartellmitteilung vom 3. April 1918, die nach dem Protokoll folgenden Wortlaut hat:

Ab 30. April 1918 besteht keine Betriebsaufsicht mehr, und beide Teile sind frei in ihrem Tun und Lassen.

Wenn nun mehr, nachdem Bereitstellungen über die Lernerungszielungen vor dem Kartellamt nicht zulässig waren, unsere Kollegen an die Genossenschaftsvertreterungen vorbereiten auf Erhöhung dieser Zulagen stellen, so sind sie im Recht. Die Genossenschaftsvertreterungen können solche gewünschte Unterhandlungen nicht mit der Begründung ablehnen, daß diese nur mit den Kartellunternehmen zu führen sind, weil diese Bestimmung in der letzten Kartellmitteilung aufgehoben wurde. Wir möchten unsere Mitglieder ermuntern, aus zu allen Fällen Witterung zu machen, wo die Genossenschaften sich dennoch weigern, in Unterhandlungen einzutreten.

#### Eingegangene Bücher und Schriften.

Zum 100. Geburtstage von Karl Marx. Am 5. Mai steht: 169 der Geburtstag des genialen Pioniers der sozialistischen Sozialismus zum hundertsten Male. Dieser Tag wird um so mehr Bedeutung finden, als unsererzeit politisches und wirtschaftliches Leben durchdringt mit Lehren und Folgerungen, die Karl Marx vor einem Menschenalter niedergelegt hat. Daher sind zwei Veröffentlichungen von besonderem Interesse, welche der Verlag für Sozialismus zu diesem Tage vorbereitet. M. Beer, der langjährige Londoner Vertreter des "Sozialists", hat ein Buch, "Karl Marx. Sein Leben und seine Lehre", herausgebracht, das preiswert eine Lücke ausfüllt wird. In klarer und dabei lehrreichender Form werden Marx' Sozialreformen gewürdigt, seine Lehre und das Werden des Marxismus geschildert. Text und zahlreiche, im Tiefdruck hergestellte Abbildungen bringen dem Leser auch

das private Leben von Marx, seine Familie, Freunde und nähere Umgebung näher. Die Erläuterungen des Marx'schen Lehens werden besonders willkommen sein. Preis des Buches kostet A. 4, gebunden A. 5.

"Karl Marx und die Gewerkschaften" heißt ein weiteres Buch, das der Berliner Arbeiterschriftsteller Hermann Müller, der bekannte Verfasser der Geschichte der Bildungsbewegung geschrieben hat. Müller gilt ebenfalls als ausgezeichnete Marx-Kenner. Seine Schrift ist gerade jetzt von größter Bedeutung, da die Gewerkschaften eine selbst von Marx nicht vorausgesehene Entwicklung genommen haben, obwohl seine Lehren noch wie vor dem allgemeinen Einfluss auf die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands haben. Das Buch kostet hochstens A. 2, gebunden A. 3. Beide preiswerte ausgestattete Bücher zusammen werden, wenn vor dem 1. Mai bestellt, zum Vorsprungspreise von A. 5,50 hochstet; oder A. 7 gebunden von jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, gefordert.

### Zahlstellenleitungen, Achtung!

Die Nummer 18 des Verbandsorgans wird acht Seiten stark erscheinen und damit gleichzeitig die Nummer 19 erscheinen, also als 18/19 bezeichnet werden. In der Verbandswoche erscheint demnach keine Nummer. Durch diese Umstellung ist es möglich, wenigstens den hauptsächlichsten Teil der noch vorliegenden „Stimmen zum Verbandsstage“ ohne zu starke Kürzungen den Delegierten zugänglich zu machen. Die örtlichen Verbandsstellen des Fachblattes mögen sich also schon jetzt auf die Aenderung vorbereiten!

#### Die Redaktion.

**Spätstetens am 20. April**  
ist der 17. Monatsbeitrag für 1918  
(21. bis 27. April) fällig.

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

**Sonntag, 21. April:**  
Vorlese a. d. C.: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Herz 42/44.  
**Sonntag, 28. April:**  
Amenor: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Rüstringen.  
Wilhelmshaven: Bei Budenberg, Rüstringen I, Peterstr. 86.  
Saarbrücken: 3; 5 Uhr, Bleichstr. 6.

### —• Anzeigen. •—

#### [A. 4,50] Nachruf.

Dem Weltkrieg zum Opfer fielen unsere treuen Mitglieder:

#### Ernst Scheibe

Bäcker, 31 Jahre alt,

#### Franz Matthey

Bäcker, 22 Jahre alt.

Gott ihrem Andenken!

Zahlstelle Magdeburg.

#### [A. 3,30] Nachruf.

Am 9. April starb unser Mitglied, der Bäcker Lorenz Koch im Alter von 29 Jahren.

Ein deuerndes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle München.

**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Derius, Schmidstrasse, Haugasse 2, 1. Et.**

### „Rückenrutsch“

bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen  
Preis je A. 7,50, von 5 kg an A. 7. Sehr zu empfehlen!

**Liebing & Co., G. m. b. H.,**  
Leipzig R. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

### Kontrolltafeln National

mit und ohne Scheibenreifer zu kaufen gesucht  
Nummer u. Preis mit J.N. 8906 an Exp. d. Bl. [A]